Bund Deutscher Kriminalbeamter

Freundliche Übernahme des Tarifabschlusses adé?

30.04.2013

In einer kurzen Rückschau sei daran erinnert, dass sich die Tarifparteien in der Tarifrunde der Länder am 9. März 2013 unter anderem darauf einigten, die Löhne und Gehälter rückwirkend zum 1. Januar 2013 um 2,65 % und zum 1. Januar 2014 um 2,95 % bei einer Laufzeit von 24 Monaten zu erhöhen. Für die Beamten in Mecklenburg-Vorpommern standen wie nach jeder Tarifrunde die Fragen an, ob, wann und in welchem Umfang die erzielten Abschlüsse übernommen werden. Doch unser Ziel, die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme für die Beamten und Versorgungsempfänger, scheint in weite Ferne gerückt.

Unsere Finanzministerin Heike Polzin hat in der ersten Verhandlungsrunde zwei Regelungsmodelle vorgeschlagen, die unseres Erachtens unangemessen unter dem Verhandlungsergebnis vom 9. März 2013 liegen. Außerdem beträgt die Laufzeit bei beiden Modellen 36 Monaten, was zu einer endgültigen Abkopplung der Besoldung der Landesbeamten von den Tarifbeschäftigten bedeuten würde und vermutlich zu einer Nullrunde im Jahre 2016 führen könnte.

In der zweiten Verhandlungsrunde wurde Frau Polzin noch deutlicher. Sie lässt nicht mit sich handeln und gesteht den Beamtenvertretern lediglich Verhandlungen innerhalb der von ihr gesetzten Vorgaben zu. Damit ist eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamten gegenwärtig nicht möglich.

Die Fronten scheinen also verhärtet, was jetzt?

Wie in anderen Bundesländern auch dürften Worte unsere Finanzministerin nicht umstimmen. Auch die Äußerungen von Politikern wie die aus Hessen über das Betreiben „einer beamtenfeindlichen Politik“ werden bei Frau Polzin wohl kein Umdenken auslösen. Dass es auch anders geht, zeigt das Beispiel unseres Nachbarlandes Schleswig-Holstein. Dort haben anhaltende Proteste dazu geführt, den Ministerpräsidenten zumindest zum Einlenken in der Diskussion um die Übernahme des Tarifabschlusses zu bewegen.

Seien wir also als Vertreter der kriminalpolizeilich Beschäftigten bereit, durch Demonstrationen und Protesten eine gerechte Besoldung zu erstreiten. Zeigen wir den politisch Verantwortlichen, dass die Jahre- und Jahrzehntelange Benachteiligung bei der Übernahme von Tarifabschlüssen endlich ein Ende haben muss und stehen damit weiter für eine gerechte Bezahlung ein.